



# Die Zukunft

Herausgeber:

Maximilian Harden.

Inhalt:

Der Habel (III)

Seite

209

—  
Nachdruck verboten.  
—

Erscheint jeden Sonnabend.

Preis vierteljährlich 6,50 Mark, die einzelne Nummer 60 Pf.



Berlin.

Verlag der Zukunft.

Großbeerenstraße 67.

1918.

**Alleinige Anzeigen-Annahme**  
der Wochenschrift „Die Zukunft“ nur durch  
**Max Kirstein,**  
Berlin SW. 68, Markgrafstr. 59.  
Fernsprecher Amt Zentrum 168 09 u. 108 10.

26.—; unter Kreuzband  
**Abonnementspreis** (vierteljährlich 13 Nummern) M. 6.50, pro Jahr M. 7.80, pro Jahr M. 31.20.  
bezogen, Deutschland und Oesterreich M. 7.25, pro Jahr M. 28.60; Ausland M. 12.00  
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanschriften entgegen sow. Fernspr.  
**VERLAG DER ZUKUNFT, BERLIN SW. 47, Großheerstraße 67.**

# WEIN-STUBEN-HUTH

BERLIN W

**Nordische Anleihen,** Russische und Balkan\*  
werte, Oesterreichische  
Anleihen, Amerikanische  
Bonds, Chinesen, Japaner. Anstellungen erbeten.  
**E. Calmann, Hamburg.** Errichtet 1853.

Weinstuben **Vorzügliche Küche**  
**Mitscher** **Krebse**  
Französische Strasse 18

**Fürstenhof Carlton-Hotel** = Frankfurt a. M. =  
Gegenüber dem Hauptb.  
Das Vollendetste eines modernen Hotels. □ bahnhof, linker Ausgang.

## Wiener Schloss-Restaurant

Dorotheenstr. 77-78 (im Hause Schloß-Hotel)  
**Erstklassige Wiener Küche**  
Pilsner Urquell, Siechen-Bräu ☞ Weine von Paul Eggebrecht

## Was will der Lebensbund

Organisation zur Reform des Sich-Findens?

Der „Lebensbund“ bemüht sich mit beispiellosem Erfolg seit 1914, das zu erfüllen, was Hunderte großer, erster Männer der Wissenschaft, Gelehrte, Ärzte, Sozialpolitiker und Menschenfreunde, was Tausende denkender Frauen von der Kultur unserer Zeit fordern: Die Wahl eines Lebensgefährten nicht vom Zufall abhängig zu machen, nicht unter wenigen zu treffen, die gerade dem Lebensweg kreuzen, nicht die Frauen warten zu lassen, bis einer kommt und sie holt, sondern sich, alle urchichten Vorurteile überwindend, in unabdingter Wahrung von Takt und Discretion gegenseitig zu finden durch gegenseitiges Suchen unter Gleichgesinnten, ohne an irgendwelche irdische oder persönl. Rücksichtnahme gebunden zu sein od. gesellschaftl. Rücksichten zu verletzen, ohne sich sofort jedem gänzl. Fremden gegenüber offenbaren zu müssen u. endlich auch, ohne Zeit zu verlieren. Der „Lebensbund“ vertagt keinerlei Vorstoß u. Provision, er ist keine gewerbli. Vermittlung, sond. löst das schwierige Problem in einer Weise, die als „überaus genial“ gekennzeichnet wurde u. hundertf. höchste Anerkennungen aus allen Kreisen fand! Jeder, der die Absicht hat, zu heiraten, ford. vertrauensv. von d. „Organisation Lebensbund“, Geschäftsakt u. Adresse: **G. Berleter, Verlagsbuchhdlg., Schkeuditz 80, Leipzig**, gegen Einsend. von 30 Pf. dessen Kochblätter, Bundeschriften, Zusaut. erfolgt sof. unauffällig in verschl. Brief. Allerstrengste Verschwig. wird zugesich.



Berlin, den 2. Februar 1918.

## Der Nebel fällt.

Herr Clemenceau, den der Erste Gehilfe unseres Auswärtigen Ministers, des Kanzlers, vor ein paar Wochen einen Diktator schalt, hat öffentlich, von Amtes wegen, einen Censorgetadel, der einen Zeitungsartikel unterdrückt halte. „Das war nicht der geringste Anlaß. Der Artikel enthielt keine schädliche Andeutung eines militärischen oder diplomatischen Vorganges, die allein doch den Eingriff der Censur rechtfertigen kann, sondern nur die vielfach übliche Schmähung des Herrn Clemenceau. Und das Recht, der Regierung kränkende Worte zu sagen, muß unantastbar bleiben.“ In der selben Woche ließ der Kanzler des Deutschen Reiches den Antrag abweisen, er solle, auf eingezäuntem Feld, in letzter Instanz für das Handeln der Militärcensur verantwortlich sein. „Unantastbar sei und bleibe der Pickel auf Germanias Haube.“ Dieser Brauch gilt nur in dem Land noch, zu dessen Bauer und Bürger einst Luther sprach: „Dah Zwei und Fünf gleich Sieben sind, mag Deine Vernunft fassen; wenn aber die Obrigkeit sagt, Zwei und Fünf sind Acht, so mußt Du glauben wider Dein Wissen und Fühlen.“ Solche Verknechtung predigte der als Gewissensbefreier Gepriesene: und wurde, da er das alte Schisma, den von Rom gewollten Spalt des Herrschaftsrechtes, schloß und den Inhabern weltlicher auch die geistliche Gewalt gab, der Hauptschuldige an der Entstehung des neuen, in Fürsten und Behörden ver-

körperlichen Absolutismus, dessen Sonderform nur protestantisches Festland noch kennt. Wo der Fürst, als von Gottes Gnade dem Land und der Kirche, dem Willen und der Vorstellung, irdischem und überirdischem Trachten vorgefetzter Herr, den Glauben fordert und findet, daß er in den Schretn seines Schädels alle Weisheit und alle Rechte gespeichert habe, da „verleiht“ er, wie Titel und Orden, auch Weisheit und Recht nur den Vollstreckern seines Wollens: die deshalb, bis auf die unterste Stufe hinab, von Welthglanz umleuchtet, nur ihrem Herrn verantwortlich, hartem Tadelswort Anderer unerreichbar sind und für Fehl öffentlich niemals gestraft werden dürfen. Wer von Gott oder von dem an Gottes Statt thronenden Fürsten ein Amt empfing, darf des dazu verliehenen Verstandes in der Zeit amtlichen Waltens nicht verlustig erklärt, kann wegen Ungehorsams, nicht wegen Unzulänglichkeit weggeschickt werden. Ward er auf grobem Fehl ertappt, so wird er krank oder geht erst, wenn, nach einer Weile, der Grund des Rücktrittes nur noch vermuthbar ist. Weil der Beamte als ein Theil des Theiles geschont, vor schroffer Kritik behütet werden soll, der anfangs Alles war und der heute noch, als zu Ernennung und Entlassung aller Beamten, zu Kriegserklärung und Friedensschluß allein Befugter, das Schicksal des Volkes bestimmt. Das Bürgerthum hat sich als zu Wandlung dieses Zustandes unfähig, unwillig erwiesen. Darum ist das Parlament, dem es die Mehrheit stellt, im Wesentlichen machtlos und in die Rolle offenbachischer Polizeimannschaft geschränkt, der Verhängniß wird, daß sie immer zu spät kommt. Darum giebt dieses Parlament jeder Thorheit ihren Rednersegen; steht dann rathlos, hilflos vor den Folgen und stöhnt oder freischt über die böse Erbärmlichkeit der Menschenwelt. Darum fühlte der Hauptausschuß des Deutschen Reichstages sich von Schauerwind angeweht, als, am vierundzwanzigsten Januar, der Abgeordnete Scheidemann dem Kanzler zurief: „Wenn Sie sich vom Einfluß der Heher nicht lossagen können, dann gehen Sie lieber!“ Selbst dieser Führer der von sozialistischen Demokraten Erwählten klammert die Mahnung, nicht an dieser Stelle nur, in Bedingniß. Selbster strafft sich nicht in den Entschluß, gerade und klar heraus zu sagen: „Was Sie heute, in einer Stunde ernstester Entscheidung, uns, den Freunden, der Menschheit hier vorge tragen haben, schädigt das Ansehen und das Geschäft des Reiches

so schlimm, daß Ueberzeugung uns fortan jede Arbeitsgemeinschaft mit Ihnen verbietet.“ Drei Tage danach psucht Jeder, der das Gerede erwähnt. Wird von tiefer Massenverstimung gestüstert; und gefragt, ob es gelohnt habe, das auf den Namen Sancti Michaelis getaufte Nationalunglück auf Reichskosten zu bestatten, wenn die Führung so klug bleiben sollte wie zuvor. „So gut hätte Derß auch gemacht.“ Zu spät. Immer; seit dreißig Jahren.

Zunächst: Hauptauschuß. Dessen Aufgabe ist, den Stoff für die Plenarsitzungen vorzubereiten. Wie lange darf man wagen, ihn uns als Reichstag-Ersatz anzubieten? Die Verhandlung des Reichstages muß öffentlich, vom Ohr des Zuhörers, vom Auge des Stenogrammlers nachprüfbar sein. Meldet sich einmal, dreimal in jedem Kriegsjahr die Nothwendigkeit, das Eingeweide des Reichsgeschäftes zu blößen: gut; dann soll das Hohe Haus Geheimfözung (comité secret, wie mans in Frankreich nennt) beschließen und, wenns sein muß, acht Tage lang die letzten Dinge, auch Militaria und noch Heikleres, mit dem äußersten Freimuth erörtern; nicht eine Silbe aus den Mauern lassen. Jetzt? In der Zeitung lesen wir Berichte, die alles Wichtige aus den Reden wiederzugeben scheinen, das Wichtigste aber, ohne Andeutung einer Lücke, verschweigen. Stenographirte Berichte sind draußen nicht zu haben. Was, auf den Antrag irgendeines strebsam Bethulichen, für „vertraulich“ erklärt worden ist, kommt nicht in die Zeitung. Aber die Antwort, mit ders ein zum Bundesrath Bevollmächtigter wegzubürsten, auszuplätten trachtet. Sprecher der Verbündeten Regirungen, Vertreter hoher Obrigkeit: wer wagt, so Erlauchten ein Wort zu streichen? „Was der Herr Abgeordnete über rigaer Vorgänge erzählte, war mir ganz neu; ich habe nie davon gehört; werde aber, natürlich, der Sache nachgehen.“ Was hat denn der Herr Abgeordnete erzählt? Nichts für Euren beschränkten Verstand, Unterthane. Wir erfahren nicht. Lesen auch nicht, daß der ahnungslosen Excellenz gesagt worden sei: „Gehen Sie, bitte, sogleich nach. In zwei Stunden, wahrscheinlich viel schneller, kann alles Nöthige festgestellt sein. An dieser Sache hängt ein Stück des Reichsrufes. Wir warten. Verhandeln aber nicht weiter, ehe uns unzweideutige Klarheit wird.“ Nein. Wenn der Februar sich dem Ende zuneigt, sehen wir einander ja wieder; vielleicht war bis dahin Zeit, der Sache nachzugehen; sicher, „das

Mißverständnis aufzuklären. Der Pfliffge, dessen Hirn diese neue Entwerthung des Parlamentes ersann, verdient eine Prämie. Ueber den größten Gegenstand aller Reichsgeschichte wird „in beschränkter Oeffentlichkeit“ verhandelt. Der einzige Ort, wo heute noch möglich wäre, offen dem Volk zu sagen, was ist, wird gesperrt, wenn ein grauer Schlingel, den die Sehnsucht nach „Beziehungen“ juckt, gesprochen hat: „Daß, meine Herren, betrachten wir wohl als vertraulich.“ Und Leute, die solchen Mißbrauch mitmachen, reden von Parlamentarismus. Artikel 22 der Reichsverfassung schreibt vor: „Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich.“ Die Geschäftsordnung weist den Ausschüssen bestimmte Aufgaben zu und verpflichtet sie zu Berichterstattung an das Plenum.

Was hat der allein verantwortliche Beamte dem Hauptausfluß, der Volksmasse, die den Abfluß der Sintfluth ersehnt, gesagt?

„Meine Herren, als ich zum letzten Mal die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuss zu sprechen (es war am dritten Januar), standen wir, so schien es, vor einem in Brest-Litowsk eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten sollten. Die Thatfachen haben Dem Recht gegeben. Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal konnte in der That der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerhand Funksprüche, die durch die Welt gehen, mit höchst seltsamem Inhalt, könnten diesen Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.“

Der Rath, „die Erledigung des Zwischenfalles in aller Ruhe abzuwarten“, war billig; kein anderer denkbar. Die Rede vom dritten Januar, die unsere „Machtstellung“ betonte, bot Herrn Trozkij die erwünschte Gelegenheit zu einer Antwort, deren stacheligste Thelle in feindlichen und neutralen Blättern zu finden waren. Als die russische Delegation nach Brest-Litowsk zurückgekehrt war, erlangte sie die Aufhebung des barschen Verbotes, in die Verhältnisse der besetzten Gebiete dreinzureden. Die Hoffnung auf einen „guten Abschluß“ mit der Bolschewiki-Regirung ist haltbar, wenn das geforderte und zugesagte Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes

ernst genommen und nicht etwa versucht wird, die Stimme winziger Minderheit in den Ausdruck dieses Rechtes aufzublasen. Noch hat keins der Völker durch ein irgendwie befugtes Organ gesprochen; keins kann frei sprechen, so lange Kriegsnothwendigkeit in seinem Landstüch die Herrschaft fremder Truppen erzwingt. Die Leninisten rechnen darauf, daß aus freiem Willen jedes für die Einfügung in die Vereinigten Staaten von Rußland stimmen werde. Was bisher zu Ausdruck kam, waren die vom Wohlwollen der Fremdherrschaft geführten sechs Prozent der Einwohner; vierundneunzig haben noch nicht gesprochen. Guter (also: Dauer verheißender) Abschluß mit Rußland, mit dem Reich, das dem Leninismus und seiner Rothen Garde so wenig gleichen wird, wie Bonapartes Frankreich dem Marats und der henriotischen Knüttelgarde gleich, ist nur möglich, wenn nicht der widerpolitische, dem deutschen Interesse schädliche Plan gedeiht, die westlichen Randländer vom Leib dieses Reiches zu lösen, das dann nur noch als asiatische Macht hinkümmern könnte.

„Günstiger stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Abschlüssen zu kommen, die in beiderseitigem Interesse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vortheilhaft sein würden.“

Das Recht der Kiewer Rada, mit deren Delegation unsere in Brest-Litowsk verhandelt hat, die Ukrainerrepublik (deren Grenzen noch nicht einmal bestimmt sind) zu vertreten, wird in ihrer Heimath und von der petrograder Regierung laut geleugnet. Wie lange sie sich in Kiew (auf das, als auf sein Rom, Rußland nie verzichten wird) halten kann, weiß Niemand. Da der den Kiewern feindliche Charkower Ausschuß jetzt Vertreter an den Bug gesandt hat, kann die Verhandlung noch einmal anfangen. Ukraina, Polen, Litauen, Kurland, Esth-, Liv-, Finland, unten Donstaat und Kaukasus, oben Großrußland, dem auch noch Abspaltung droht: kann Wachen Vernunft rathen, in einen Zustand hinzustreben, durch den, auf unserer Ostflanke, der Balkan überbalkanit würde?

„Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am vierten Januar, abends um zehn Uhr, zu verzeichnen. Wie Ihnen bekannt ist, hatten die russischen Delegirten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einladung an sämtliche Kriegstheilnehmer ergehen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen betheiligen, und als Grundlage

hatten die russischen Delegirten gewisse Vorschläge sehr allgemein gehaltenen Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegstheilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen, unter der Bedingung jedoch daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am vierten Januar, des Abends um zehn Uhr, war diese Frist verstrichen; eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind. Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren wissen, zwei Kundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt, die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom fünften Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson vom Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezweifelte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Heiterkeit.) Immerhin aber kann ich nicht so weit gehen wie manche Stimmen aus dem neutralen Ausland, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja, sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche, kulturelle Stellung. Aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Äußerungen; dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schuldige, aller möglichen Verbrechen schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe; eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir vom ersten Friedenswillen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die man die Entente zu Gericht sitzt. Das nöthigt mich, einen kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal wiederholen.“

„Eingelassen“ hat sich der Vierbund auf den Vorschlag, Gesamtfrieden, statt des Sonderabkommens, zu erstreben; ihn, wie nutzlos lästiges, auf sich genommen. Und daß auf dieses befristete Ultimatum nicht pünktlich geantwortet wurde, ist als „ein Ergebnis zu verzeichnen“. Wie Aufathmen ist's. „Sehr allgemein gehaltenen Art“ waren die Vorschläge? Am Tag nach der Weihnacht sprach, im Namen des Vierbundes, Graf Czernin: „Wir wollen möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten Friedens erreichen und finden, daß die Leitsätze des russischen Vorschlages



eine diskutabile Grundlage für solchen Frieden bieten. Wir wollen weder gewaltsame Gebietszerwerbungen noch Kriegsschädigungen und Würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. Wir erklären feierlich den Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der den Krieg auf der Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle Krieg führenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen endet. Keine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind. Kein Volk, das im Krieg seine politische Selbständigkeit verloren hat, soll ihrer beraubt werden.“ Damit war deutlich ausgesprochen: Wir unterzeichnen den Friedensvertrag, der den Macht- und Rechtsstand vom Juli 1914 wiederherstellt. Mir scheint diese Verpflichtung ganz klar, durchaus nicht „sehr allgemein gehaltener Art“. Auf einen Kopf, den sie, in solcher Lebensnoth der Volksgemeinschaft, zwar bis in den vierten Januarabend, doch nicht einen Tag länger bindet, blicke ich aus einem Urtheil, dessen offener Spruch nur im Bereich des pariser Censurrechtes möglich würde. Um Verten, neun Uhr fünfundsünfzig, gilt noch die „feierliche Erklärung“; fünf Minuten nach Zehn können wir wieder die Forderung hissen, die uns zehn Minuten zuvor Thorheit oder Frevel dünkte und für deren Erreichung wir den Krieg nicht um einen Tag verlängern wollten. Gerechter Sinn beantwortete selbst sich die Frage, welchen Werth wir, in gleichem Fall, nach solchen Sätzen des Aufathmenden noch der feierlichen Erklärung vom Ersten Christtag zumessen, ob wir sie noch für aufrichtig halten würden. Die Antwort aus London kam zwei, die aus Washington fünf Tage nach dem Ablauf der Frist. Also: zu spät; galten nicht mehr. Wir haben wieder freie Bahn, freie Hand zu gewaltsamer Gebietsaneignung, zu Auskragung politischer Selbständigkeit, zum Verlangen nach Entschädigung von den Kriegskosten. „Wir sind in keiner Weise mehr gebunden.“ Was Vernunft, Sittlichkeit, Interesse am Vierten rathen, ist am Sechsten, als hemmende Fessel, abgestreift. Nun danket, Alle, Gott. Die Antworten kleideten sich in die Form, die Großmächte noch eine Möglichkeit ließ, auf ein Ultimatum Rede zu stehen. War der Ton verändert (die Behauptung wird von Vergleich widerlegt), so durfte der zu friedlicher Verständigung Willige die Aenderung nicht ironisch unterstreichen. Wers that, setzte sich dem Verdacht aus, er wolle

den Gegner hirta fordern, wieder, damit er nicht schwächlichen Schwankens geziehen werde, alle Vorwürfe und Anklagen zu erneuen, die anderer Stunden Pflicht, nicht die, mit reinem Herzen den Weg in Frieden zu bereiten, ihm einst auf die Lippe gedrängt hat.

„Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht, durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirthschaftlichen und kulturellen Leistungen und den darauf begründeten Ansprüchen entsprach. Fürst Bismarck krönte sein Werk durch das Bündniß mit Oesterreich-Ungarn. Es war ein reines Defensivbündniß, von den hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Lauf der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündniß zwischen Deutschland und der eng verbündeten, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen.

Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den Abdruck der Koalitionen; und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß Das kein bloßes schreckhaftes Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohte, in die Erscheinung. Durch die Einkreisungspolitik König Eduards ward der Traum der Koalitionen Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erstarkende Deutsche Reich im Wege. In französischer Revanchefucht, in russischem Expansivstreben fand dieser britische Imperialismus nur allzu bereitete Hilfe; und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunftspläne vor. Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges mit zwei Fronten uns nahegerückt. Jetzt wurde sie immer sichtbarer. Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündniß abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen; Frankreich, das republikanische Frankreich, ließ dem zaristischen Rußland Milliarden zum Aufbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, die den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreijährigen Dienstzeit heran. So schuf sich Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenze seines Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unser Gegner jetzt als imperialistisch bezeichnen. Es wäre Pflichtvergessenheit gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig zugehört hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hatte.“

Ein wichtiger Diplomat hat gerathen, diese Darstellungart durch das Absingen der Liedstrophen zu ersetzen, in denen die Worte ste-

hen: „König Wilhelm sah ganz heiter“ und „Der Deutsche, biedert, fromm und stark, beschützt die heilige Landesmark“. Mit der schönsten Fabel von dem Täublein und den bösen Schlangen ist Kredit nicht zu kaufen. Glaubi Graf Hertling, daß seine Landsleute, daß sämtliche Erdbewohner dreißig Jahre lang geschlafen haben und nicht wissen, was in diesen Jahrzehnten ward? Weil Bismarck Koalition gegen das junge, mit gefährlicher Schnelle erstarkte Deutsche Reich fürchtete, stemmte er die ganze Wucht seines Willens immer gegen Militaristenpläne. Im Amt hat er uns feindliche Koalition nicht erlebt. Die wurde erst, als er weggeschickt worden war. In dem Schreiben vom achtzehnten März 1890, das man sein Abschiedsgesuch nennen kann, sagt er: „Nach den jüngsten Entscheidungen Eurer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengesagt sind, mit dem Eure Majestät die Berichte des Konsuls in Kiew gestern begleitete, würde ich in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinn der beiden hochseligen Vorgänger Eurer Majestät in unseren Beziehungen zu Rußland unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat.“ Er hatte Oesterreich gegen russischen, Rußland gegen österreichischen Angriff Hilfe zugesagt. Als die zweite Zusage zurückgenommen, der deutsch-russische Vertrag („Rückversicherung“) von Caprivi gekündigt, gelöst worden war, wandte Rußland, daß darin das erste Zeichen der Abkehr von altgewohnter Preußenpolitik sehen mußte, sich Frankreichs Wünschen zu. Bismarck ist für den Zustand von heute, der fünf und zwanzig Staaten gegen Deutschland eint, nicht verantwortlich; zu Zeugniß nicht brauchbar. Bis zum letzten Wank hat er, gescholten, beschimpft, verhöhnt, vor der Entwicklung gewarnt, deren Ablauf in diesen Zustand münden müsse. Zwanzigmal, öfter noch habe ich aus seinem Mund gehört: „Geht es so weiter, dann kommen sehr böse Tage und ich will froh sein, wenn ich sie nicht mehr zu erleben brauche. Und die Leute fragen, ob ich gut schlafe!“ Bis in Einzelnes hat er, was wir schauen, vor noch lebenden Zeugen prophezeit. Was wurde nach ihm?

„Seit 71 ungeheure Steigerung des Wohlstandes (durch In-

dustrie, Technik, Handelsbetrieb aller Sorten), aber kein nennenswerther Gebietszuwachs (keiner wenigstens, der an Massensiedlung oder indische Einfünfte denken läßt). Menschenzuwachs: in jedem Jahr fast eine Million. Das stärkste Heer (wie lange noch in einer Zeit unaufhaltsamer sozialer Umwälzung, die Frankreich zwang, auf den Uniformprunk zu verzichten, und an allen Ecken, nicht nur im Kopf des Herrn Jaurès, den Wunsch nach Milizformation aufzutauchen sah?). Eine Flotte, deren Dreadnoughts und schnelle Linienkreuzer Britanten Furcht einflößen. Die ganze Herrlichkeit aber zum größten Theil auf Exportmöglichkeiten gebaut, die nicht bis in den jüngsten Tag währen können. Was uns heute noch Absatzland ist, kann übermorgen den Bedarf im eigenen Haus decken oder von billigeren, vielleicht nur näheren Lieferanten beziehen. Die Auswanderung unserer Großindustrie und die geradezu schmachvollen Handelsverträge, die Länder vom Rang Portugals und Schwedens uns zumuthen durften, zeigt obendrein, wohin die Zollglorie zu führen droht. Laß Rußland sich aufraffen oder von Amerika, Belgien, Japan kaufen, laß nur einen winzigen Theil Chinas sich industrialisiren (das dazu taugliche Menschenmaterial hat): und sieh Dir die umgestülpte Europa an. Tag vor Tag wird von den Friedlichen mit der Erinnerung gekrebst, daß England unser bester Kunde ist. All right. Und wenn dem Schiedsgerichtsvertrag ein Zollbündniß folgt, dem Greater Britain ein angelsächsisches Imperium, das die Frage rasch vergessen läßt, ob in Kanada und Australien der Union Jack weht, und sich, nach der Bändigung des Japanerhochmuthes, nicht nur die Versorgung des Erdostens sichert? Um die Möglichkeiten solcher Entwicklung zu begreifen, muß man sich die Ziffern vors Auge rücken, mit denen wir nur auf der Wankeseite zurechnen haben. Die Vereinigten Staaten hatten unter Washington 4, haben jetzt 95 Millionen Einwohner und werden 1940, nach nüchternem Ermessen, 160 Millionen haben. (New York allein hält, mit den Vororten, bei 7 Millionen und hat in seinem Hafen einen beträchtlich größeren Sonnenverkehr als London.) Der Nationalreichtum übersteigt die addirten Summen des großbritischen und des französischen Vermögens; das Schlenneß umspannt in Länge und Breite vierzigtausend Meilen mehr als das gesammteuropäische. Faßt Dich ein längst entwohnter Schauer? Nun bedenke schnell noch, daß Uncle Sam nach

der Oeffnung des Panamalanals auf zwei Weltmeeren operiren kann. Der Weg in den Süden ist frei; und der Regierung des Britenreiches wird die Ersetzung romanischer durch angellächische Herrschaft nicht nur im Bezirk der quelques arpents de neige willkommen sein, auf die pariser Thorheit einst Kanada beschränkt glaubte. Die Ziffern der Produktion (Gold, Kohle, Stahl, Getreide, Baumwolle) sind heute schon so, daß dem europäischen Leser sich eine Eiskruste um die Haut legt. (Sorge dafür, daß der Chef den von Bartholomew herausgegebenen Atlas of the world's commerce anschafft. Der dürfte in keiner Botschaft fehlen. Wir haben in deutscher Sprache nichts so Vorzügliches.) Wenn Leute, die in so breiter Affette sind, denen das blanke Gold in die Hände wächst und selbst die Aenderung des Zollsystems keine Lebensgefahr bringen kann, Leute, deren Kriegsheer den fortes milices démocratiques des Genossen Jaurés mehr ähneln würde als unsere Armee, jetzt, nicht lange nach dem Antritt der spanischen Erbschaft, ins Weltgeschäft eingreifen, muß auf dem alten Kontinent eigentlich auch der auf beiden Augen Blinde mit der Nase wittern, woher der Wind weht. Und der Deutsche endlich zu ahnen anfangen, vor welche Aufgabe ihn das Schicksal gestellt hat.

Was er braucht, darf er nicht am Ende der langen Bahn lassen. Mit all seiner Kraft und Lammsgeduld kann er weder die Rüstung noch das Zollgewicht durch ein neues Menschenalter schleppen, in dem die Rivalen sich mit leichterem Gepäck auf den Marsch machen werden. Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage. Vierzig Jahre lang Wehrmachtkosten, deren Jahresbetrag bald anderthalb Milliarden übersteigen wird, und die stete Versicherung, daß man den Frieden wolle, nur den Frieden, die theure Maschine also nicht in Betrieb setzen werde: Das gab noch nie einen Reim, der dem Volk traulich im Ohr haftet. Und draußen glaubt Jeder, daß wir Krieg wollen. Eben so wenig ist auf die Dauer mit einer Wirtschaftspolitik auszurichten, die den Abschluß uns günstiger Handelsverträge hindert, von der sich, nicht deshalb nur, der Westen und Süden sacht schon abwendet und die, so nothwendig sie in der Spanne eines Jahrhundertsrittels war, nun unmodern zu werden beginnt. Sicherung und Weitung des Absatzes durch Schiffsgeschütze: dieser Traum konnte nicht ewig währen. Was wollen wir? Ich vergesse Marokko und die geradezu höllisch ge-

nale Politik, die da begonnen habe? Könnte ich nur vergessen! Aus Kübeln, aus dicken Regentonnen wird der Niederschlag sittsamer Empörung auf die sündigen Häupter der Franzosen ausgegossen. Das sind Kerle! Die wollen die Algestrassatte zerfehen, deren vierter Artikel ihnen nur noch bis zum letzten Tag dieses Jahres das Recht giebt, von ihren Offizieren und Unteroffizieren die Polizeitruppen organisiren zu lassen. Dem Sultan droht keine ernste Gefahr; Fez ist nicht von Horden umzingelt; die Europäer fühlen sich höchst behaglich; und Herr von Riberlen war in bester Form, als er Cambons Mittheilung, die Republik habe sich zu einer Strafexpedition entschlossen, nur mit dem einen Fragewort quittirte: „Pourquoi?“ Hast Du irgendwo einen Zunftgenossen aufgestöbert, der bezweifelt, daß Frankreich das Westsultanat leicht zu erobern trachten werde und von uns das Recht dazu erworben habe? Auch mir ist noch keiner vor's Auge gekommen. In dem accord franco-allemand vom neunten Februar 1909, dem Vertrag, der die Algestrassatte in einem den Franzosen günstigen Sinn ergänzen und interpretiren sollte (und der in aller Eile fertig gemacht werden mußte, damit der endlich in Berlin einkehrende King Edward sich seiner freue), findest Du den Satz: „Die Kaiserlich Deutsche Regierung hat in Marokko nur wirtschaftliche Interessen; sie hat anerkannt, daß Frankreichs besondere politische Interessen auf diesem Boden die feste Sicherung des inneren Friedens und der Ordnung fordern, und ist entschlossen, diese Interessen nicht zu hemmen (entraver).“ Dieses Abkommen hat Riberlen mit Cambon vereinbart. So lange Worte ihren Sinn behalten und ein Diplomat, Meister oder Lehrling, Verträge zu lesen weis, heißt Das: Wir schalten uns von aller marokkanischen Politik völlig aus und sind zufrieden, wenn unsere intérêts commerciaux et industriels gewahrt werden; ist's ein unzweideutiger Verzicht auf jede Einmischung in franko-marokkanische Handel, die unsere begrenzten Interessen nicht gefährden. Sind sie gefährdet? Nein. Dürfen wir thun, als hielten wir noch bei der Algestrassatte? Nein. Kann Frankreich den inneren Frieden und die Ordnung des Sultanates sichern, wenn es an Tagen entstandenen oder nahenden Aufruhrs nicht seine Fahne zeigen und durch ein stattliches Truppenaufgebot den fehdelustigen Stämmen Angst einjagen darf? Ist ihm zuzumuthen, daß es Unsummen ausgiebt und das Leben seiner Söhne einsetzt, ohne von all diesen Opfern irgend-

einen Vortheil zu haben? Daß es nur für Europa arbeite, nur für die Länder, die aus und nach Marokko Waaren importiren, die Last der Ruh: stiftung auf sich nehme? Nein. Können gerade wir auch nur wünschen, daß es sich aus Marokko zurückziehen müsse? Nein. Das wäre der Anfang vom Ende französischer Herrschaft über Algerien und Tunis. Die Republik würde genöthigt, ihre ganze Kraft auf Europa zu konzentriren; in Europa den Ersatz des neuen Prestigeverlustes zu suchen. Und so furchtsam der französische Kleinrentier sein, so zäh der Herr Abgeordnete an seinen fünfzehntausend Francs Jahreseinkunft kleben mag: für das afrikanische Kolonialreich wird Frankreich fechten, so lange es einen Mann auf den Beinen hat. Weil es muß. Weil es ohne diesen Besitz sich in der Reihe der Großmächte nicht halten könnte. Und dieses Kolonialreich ist in schwerster Lebensgefahr, wenn, nach allem seit 1904 Geschehenen, Frankreich in Marokko dem Machtgebot anderer Staaten, vor dem Auge der Islamiten, willenlos weichen muß.

Der Wunsch, Frankreich möge für das in Europa Verlorene jenseits von den Weltmeeren Ersatz finden, hat das Handeln des ersten Kanzlers im neuen Reich bestimmt. 1880 Madrider Konferenz: Deutschlands Vertreter erhält die Weisung, jeden Antrag des französischen Admirals Jaurès zu unterstützen. Damit war Marokko, von Deutschland aus, den Franzosen zugesprochen. Expansion nach Tunis: Deutschland tritt für den französischen Anspruch ein. Franko-chinesischer Krieg: Deutschland vermittelt in Befug und sichert der Republik den Kampfspreis. So konnten wir auch diesmal machen. Im April 1904 höflich hinüberriesen: 'Wir gratuliren zu Marokko'; und ruhig der Entwicklung zusehen. Dann blieb die Déclaration ein würdig Pergamen, blieb zwischen den Völkern Nordwesteuropas der Schatten des Mädchens von Orleans und Frankreich mußte die Rebanché weiter vertagen. Jeder britische Erfolg in Egypten, jede französische Schluppe in Marokko hätte dann, trotz Delcassé, Clemenceau, Naquet und den anderen Anglophilen, den kaum einschummernden Groß wieder geweckt und den Glauben an Albions Treulosigkeit genährt. Das sollte nicht sein. Wir ruhten nicht, bis die Völker des Westens, nicht die Regirungen nur, verbündet waren, gemeinsamer Haß die alten Feinde verschwägert hatte. Können wir nicht jetzt wenigstens uns der Warnung erinnern, die Bismarck jungen und alten Di-

plomaten immer wieder ins Ohr rief? Lasset Euch, sprach er, nie in die Versuchung einer Politik führen, deren höchster Ertrag der Uerger anderer Mächte sein kann und die uns, ohne Etwas einzubringen, draußen nur unbeliebt macht. Seit sieben Jahren haben unsere Geschäftsleiter keinen in dem marokkanischen Handel möglichen Fehler vermieden; waren weich, wenn sie hart sein mußten, und schroff, wenn die Stunde würdige Ruhe heischte. Da wir Marokko nicht für uns wollen, unserem Gewerbe und Handel aber das Sultanat, wenn Frankreich es civilisirt, nützlicher wird als im Zustand anarchischer Hordenbarbarei (die, je mehr sie die Furcht vor den Europäern verlernt, deren Reformsucht um so heftiger widerstrebt): warum sollten wir den Franzosen, statt das Tempo ihres Marsches zu verlangsamen, nicht schneller ans Ziel helfen? Vor dreißig Jahren hat General Gordon in einem Gespräch mit seinem Landsmann Pardy vorausgesagt, nach 1910 werde Britanien genöthigt sein, mit Deutschland um die Seeherrschaft zu ringen und, wenn es in diesem Wettstreit unterlege, alle Kolonien, sogar Indien, dem Sieger zu räumen. Bedenket dieses Wort, Bürger der Dritten Republik. Gelingt eine anglo-deutsche Verständigung, so schwindet die Hoffnung auf Wachsthum und der Einfluß Eurer Politik verstickert; kommt's zum Krieg, so zahlt Ihr die Kosten. Wollt Ihr warten, bis die Frist zur Option veräußert ist? Wir können Euch mehr bieten, als England vermag. Die ungestörte Herrschaft im Westbecken des Mittelmeeres; die Bürgschaft gegen einen Japanerangriff auf Indochina; das dem Kolonialreich willkommenes Recht, die Ostgrenze der Heimath von Truppen zu entblößen; morgen Marokko und bald danach Tripolis und den ungesperrten Weg nach Abessinien. Entschliebet Euch zu einem hinterhältigen Bündniß: dann habt Ihr auf Europas Festland Euch wider keinen Feind mehr zu waffnen und könnt das am Heer ersparte Geld der Marine zuwenden. An zwei Weltmeeren schaaren sich die Angelsachsen zweier Erdtheile zur Einheit des Wollens. Können wir alten Hader nicht schlichten oder ausbrennen, so gehört das nächste Jahrhundert dem anglo-amerikanischen Bunde und Europa schrumpft in die Bedeutung eines aus Ostens Riesenleib vorragenden Höckers zurück. Vereint sind wir unbesieglich. Wir haben die Wucht, Ihr habt die Flamme. Die müssen wir, ehe es zu spät wird, in Blut ersticken, wenn sie auch fortan nur



den Zorn unserer Feinde hizen soll. Entschließen Sie sich, für eine ringsum belächelte Phrase die Sicherheit Ihrer Großmacht einzutauschen. Keiner hilft Sie zum Sieg über das Deutsche Reich. Und unsere Obligationen und Aktien werden Ihrem Kapital besseren Zins bringen als die Staatsrenten des warmen und des kalten Orients, dem Ihr neues Geld leihen müßt, damit er den von alter Schuld fälligen Coupon einlösen könne. Aus allen Gebieten greifbarer, münzbarer Wirklichkeit wirkt Sie Gewinn; und Sie verliert nur eines Traumes Spektakel.' So dürfte ein deutscher Staatsmann heute zu Frankreich sprechen. Was gestern falsch war, kann heute schon richtig geworden und morgen, als ein Unwiederbringliches, verzaubert sein. Ewig falsch bleibt nur die Politik, die den Feind nicht schreckt und die der Freund selbst unfair nennt. Sagt Sie vor der Wehr gegen den wahnwitzigen Versuch, den Franzosen Landstücke abzupressen, für die ihre besten Männer gefochten, geblutet haben? Wahnwitzig hätte ihn noch vor sechs Monaten jeder politisch Mündige genannt. Würde ihn Bismarck nennen, wenn des Gerüchtes Hall in sein Ohr dränge. Sage lang, Nächte lang hat er in Versailles die Frage besonnen, ob er den Franzosen Land abfordern solle; nach einem siegreichen Kriege Grenzprovinzen, deren größten Theil einst das Raubrecht den Deutschen entriffen hatte. Jetzt wollen wir dem in seiner nationalen Kraft und in seiner internationalen Geltung erstarrten Nachbarvolk Land nehmen, das wir nicht brauchen und dessen Verlust in Frankreichs Seele, wie eine eiternde Wunde, fortswären wird? Das, Ihr Friedlichen, wäre der Krieg. Morgen oder in drei Jahren; in der den Westmächten günstigsten Stunde. Die Börsenmenschenheit war niemals dumm; auch gestern nicht. Kurssturz: weil sie ahnt, daß ihr sorglose Ruhe nicht bald wiederkehrt, wenn Frankreich gezwungen wird, selbst sich den Rumpf zu zerstückeln."

Diese Sätze ließ ich vor sieben Jahren einen alten zu einem jungen Diplomaten sprechen. Nach Agadir und Aiderlens Krankeneinfall, durch eine Nachtragforderung die Marokko-Wunde wieder aufzureißen; schon damals: „Das wäre der Krieg; in der den Westmächten günstigsten Stunde.“ Den unerwarteten Kraftgewinn des Nationalismus, der Vaterlandspartei (Patriotenliga) hatte Frankreich nur der unklugen Politik des Nachbarn zu danken, der, sechs mal in einem Jahrzehnt, die Republik aus träger

wollte, entstand, jedesmal, neuer Lärm; dem dann die Frage folgte, ob die Präsenzliste des Franzosenheeres um dreihunderttausend Köpfe unter die des Deutschen sinken dürfe. Wir halfen den patriotards aus jeder Noth und ermöglichten die Durchdrückung dreijähriger Dienstzeit. Die wurde von dem Land, dessen Volkszahl bald um die Hälfte kleiner als Deutschlands sein mußte und das sich seit 1904 von dem Uebermächtigen bedroht glaubte, als ein letztes Wehrmittel, ungerne, hingenommen; hätte sich aber nach dem Wahlsieg friedlich Radikaler im Frühjahr 1914 nicht lange gehalten. Deshalb reichlich am sechzehnten Mai 1914 hier: „Höhnet den Wahlgang nicht; grunzet nicht, während Italiens Jugend wider Oesterreich tobt, die Triple-Entente gleiche der körperlos schillernden Seifenblase, der Dreibund dreifach gehärtetem Erz. Säumet die Zunge! In diesem Sommer wird Schicksal.“ Schon im Juni muß Herr Doumergue aus dem Ministerpräsidium weichen, weil er die drei Dienstjahre (deren Geltung, nach dem Gesetz, erst im Herbst 1915 beginnt) nicht um zehn Monate kürzen will. Auch der Sozialist Viviani will's noch nicht; weil in China, Mexiko, Albanien, auf dem Ostbalkan der Teufel los ist und bei uns das Gelärm über Zabern, Luneville, Nancy und die Fremdenlegion allzu laut nachhallt. Deutschen wird, unter dem selben Junimond, von einem General in der Zeitung erzählt, auch ohne verlängerten Wehrzwang könne Frankreich vier Millionen ausgebildeter Soldaten ins Feld stellen und seine Heeresorganisation übertreffe unsere um ein Beträchtliches. Sarajewo, Ultimatum Oesterreich-Ungarns, deutsche Kriegserklärung an Frankreich (begründet auf die als falsch erwiesene Behauptung eines Bombenabwurfes auf Nürnberg): und die Erfahrung des ersten, bis an die Marne führenden Kriegesmonats lehrt, daß die Republik unfertig ins Feld zog, kein Schwergeschütz hat und in hastigem Mühen erst ihre tapferen Söhne waffnen muß. Im Krieg, nicht, wie der Kanzler sagt, zuvor, schuf sie sich „eine bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gehende Rüstung“. England war ihr, wie der Angsibrief Poincarés an King George und die ausbleibende Antwort des Königs bewiesen hat, nicht durch das kleinste Wörtchen zu Waffenhilfe irgendwelcher Art verpflichtet. Das hatte sich ihr verbündet, weil Deutschland eine Seewaffe schmiedete, die nur gegen Bri-

tanien brauchbar schien und die, wenn der Vater friedlich blieb, der Sohn zu Kriegsdrohung schwingen konnte. Die „Einkreisungspolitik König Eduards“ (der nicht auf das Deutsche Reich, sondern nur, leider, auf dessen Haupt unfreundlich sah und dessen Psychologenschlauheit den Krieg vermieden hätte) war nicht Ursache, sondern Folge: ein durch die Doppelbedrohung auf dem Meer und im Jilam, durch die Versuche, England (in Algestraß), dann Rußland (in Bjoerkoe) von Frankreichs Seite zu ködern, durch die Politisierung des Bagdadbahngeschäftes, die Eingriffe in Albanien und Konstantinopel erwirkter Pool zum Schutz des den älteren Großmächten günstigen Bestandes. Ist nicht erweislich wahr, daß nach 1905 in Berlin eine Koalition (mit Rußland und Frankreich) gegen England geplant und seitdem jedes Streben (Halbanes, Grey, Churchills) nach einem Marineabkommen von den Herren von Bethmann und von Tirpitz abgewehrt wurde? Erweislich wahr, wie hundert andere Vorgänge, an die der Wache nicht wieder erinnert zu werden braucht, auch, daß noch am dreißigsten Juli 1914 der Vischaster Goschen dem Kanzler eine Note des londoner Auswärtigen Amtes vorlegte, in der stand: „Gemeinsame Arbeit im Dienst des Friedens ist das einzige Mittel, das England und Deutschland in freundlichem Verkehr erhalten kann; durch solche Arbeit wird unser Verhältnis ipso facto verbessert und gekräftigt. An unserem guten Willen wirds nicht fehlen. Wird Europas Friede gewahrt und die Krisis ohne Schaden überwunden, dann werde ich mit meiner Person für ein Abkommen eintreten, dessen Partner das Deutsche Reich werden und in dem es die Bürgerschaft finden kann, daß Frankreich, Rußland, England niemals, weder gemeinsam noch einzeln, eine gegen Deutschland und dessen Bundesgenossen aggressive oder feindsällige Politik treiben werden. Dafür habe ich mich schon während der letzten Balkankrisis mit aller Kraft bemüht; und da Deutschland nach dem selben Ziel strebt, hatte das Verhältnis sich merklich gebessert. Noch aber schien der Gedanke zu utopisch, um der Keim klarer Vorschläge werden zu können. Kommen wir jetzt über die Krisis, die schwerste, die Europa in Menschenaltern je erlebte, hell hinweg, dann, hoffe ich, wird das Aufatmen der von Sorge Befreiten so günstig auf die Gesamtstimmung einwirken, daß die Mächte sich in fester bestimmte Vereinbarung schaaren wer-

den.“ Am letzten Julimorgen liest der Kanzler diese Note Grevy's. In der selben Stunde die Depesche des Zars an den Deutschen Kaiser. „Wir brauchen Deine kräftige Einwirkung auf Oesterreich, damit es sich zu Verständigung mit uns ent'schließt. Aus Deinem Willen zur Mitarbeit schimmert mir noch eine Hoffnung auf freundlichen Ausgang der Sache. Unsere Wehrvorbereitungen wurden durch die österreichische Mobilmachung bedingt; sie einzustellen, ist technisch unmöglich. Der Wunsch, Krieg zu führen, liegt uns ganz fern; so lange unser Gespräch mit Oesterreich über die serbische Angelegenheit währt, wird mein Heer jede herausfordernde Haltung meiden. Darauf gebe ich Dir mein Ehrenwort. Zum Heil unserer Länder und des Europäerfriedens wünsche ich Deiner Vermittlerarbeit, die ich sehr hoch schätze, in Wien volles Gelingen. Herzlichst Dein Nikolai.“ An dem Tag, der aus Britanien und Rußland solche Kunde in die Wilhelmstraße trug, wurde der Zustand der Kriegsgefahr verkündet und das Ultimatum an Rußland gerichtet. Glauben Sie, Graf Herling, nicht, daß mit diesen Trümpfen, so ungeheuer hohen, wie Bismarck niemals verlangt hat, ein anderes Spiel zu machen war? Glauben Sie nicht, daß der Versuch nicht nutz'los nur, nein, zum Ergrausen schädlich ist, heute noch eine für Klippschüler bereitete Fabeldarstellung alles in drei Jahrzehnten Geschehenen der Welt zuzumuthen, statt, männlich offen, zu bekennen, daß an der Wirrnis, der neuen Sintfluth auch unsere Politik mitschuldig (nicht etwa: allein schuldig) war? Wähnen Sie, noch im vierzigsten Kriegsmonat, ohne solches Bekenntniß, ohne Verzicht auf die Fabel von dem Täublein und den Schlangen, könne gesunder Friede werden?

„Meine Herren, ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstages sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe und daß ich bei neuen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmte, lediglich eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Rüstung uns nur ausgenöthigt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwie von dem Auslande beachtet worden wären. Und nun Elsaß-Lothringen, von dem jetzt auch wieder Lloyd George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahr 1871 Frankreich angethan habe. Elsaß-Lothringen (ich sage es nicht Ihnen. Sie bedürfen der Belehrung nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge immer noch nicht zu kennen), das Reichsland, umfaßt bekannt-

lich zum größten Theil rein deutsche Gebiete, die durch Jahrhunderte lang fortgesetzte Vergewaltigung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reich losgelöst wurden, bis endlich 1789 die Französische Revolution den letzten Rest verschlang. Damals wurden sie französische Provinzen. Als wir nun 1871 die uns freventlich entrissenen Landstriche zurückverlangten, war Das nicht Eroberung französischen Gebietes, sondern recht eigentlich, was man heute DeSannezion nennt. Und diese DeSannezion ist dann auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit, am neunundzwanzigsten März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden. Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen klassischen Zeugen berufen. Es ist kein anderer als der berühmte englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle, der in einem Briefe an die „Times“, und zwar im Dezember 1870, Folgendes schrieb: „Kein Volk hat einen so schlimmen Nachbar, wie ihn Deutschland während der letzten vierzig Jahre an Frankreich besaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbar zu errichten“ (ich bemerke, daß ich die sehr harten Ausdrücke, welche Carlyle in diesem Zusammenhang gegen Frankreich gebrauchte, meinerseits jetzt nicht wiederholt habe), „einen solchen Grenzwall sich zu errichten, wo es die Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsparlamentsbeschlusse, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Theil der geraubten Gebiete zurückzulassen, wenn die Eigenthümer, denen sie entrissen wurden, eine günstige Gelegenheit haben, sie zurückzuerobern.“ Und in gleichem Sinne sprachen angesehenere englische Vorkörper (ich nenne beispielsweise die „Daily News“) sich aus.“

Richtig ist, daß Deutschlands Volk sich niemals bewußt zu Angriffskrieg gerüstet und daß der Mann, der jetzt Kanzler heißt, als Abgeordneter, Parteiführer, Haupt des Bundesrathsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten alle berltnier Fehler mitgemacht und mit freundlich summender Rede begleitet hat. Ist er nicht eben deshalb in dem Streit von heute Partei? Nicht von dem begreiflichen Glauben umfassen, die von ihm gebilligte Wahl der Wege sei niemals falsch gewesen? Nicht Alles gefiel ihm. Er forderte die Wiederherstellung weltlicher Papstmacht und schrieb 1896: „Nicht nur im Vatikan, sondern weit darüber hinaus hat es schmerzliche Empfindung geweckt, als der Deutsche Kaiser, unmittelbar nachdem er durch einen Spezialgesandten dem Papst die Glückwünsche zu seinem Jubiläum hatte aussprechen lassen, sich selbst zur Feier der Silbernen Hochzeit der italienischen Majestäten nach

Rom begab, wozu er ja durch Rücksichten naher Verwandtschaft in keiner Weise veranlaßt war. Zudem haben uns die Erfahrungen der letzten Jahre gelehrt, daß auf den thal'äthlichen Gang der Politik Feste und fürstliche Zusammenkünfte recht geringen Einfluß haben.\* Mancher erinnert sich wohl auch noch der Rede, in der Freiherr von Hertling vor der Gefahr des Rückfalles in die Bräuche des Sonnenhöfchens warnte. „Sein Ton hat sich geändert.“ Während er, als streitbarer Katholik des „Ultramontanismus“ verächtlich, fünfzehn Jahre lang, ohne Gehalt, als Privatdozent in Bonn sitzen mußte, dachte und sprach er über das Preußen, das ihm solchen Unglimpf that, anders als auf dem Präsidialstuhl im Preussischen Staatsministerium; zweifelte er eben so wenig wie Windthorst an der Wahrheit des Satzes, daß dieses Staates Losung sei: „Macht geht vor Recht.“ Mallinckrodt's Rede, die den Preußen Verachtung von Recht und Gerechtigkeit vorwarf, nannte Freiherr von Hertling noch 1893 „eine großartige Verurtheilung der preussischen Politik“. Weil neues Erlebniß altes Urtheil entkräftet, ist auch mit Carlyles Spruch (der, wie ein noch wirksameres aus den „Times“, hier abgedruckt war) kaum mehr zu leben. Und das über die Geschichte des Elsaß und Lothringens Gesagte ist, leider, nicht richtig. Das Deutsche Reich, dem diese von Kelten, Alemannen, Franken bewohnten Länder zugehörten, hatte mit unserem nichts gemein; umfaßte viel Fremdvolk, das kein vernünftig Deutscher heute für sein Reich begehrt. Metz und das Umland kam schon 1552, in der Regierungzeit des zweiten Henri, an Frankreich; 1786 das ganze Herzogthum Lothringen. In den Elsaß waren die Franzosen unter Ludwig dem Dreizehnten eingedrungen. Dem Vierzehnten gab ihn der Westfälische Friede 1648. Im Jahr 1798 hat die unabhängige Schweizerrepublik Mülhausen die Aufnahme in Frankreichs Staatsverband erbeten und erhalten. Vor der Wahl zwischen dem zerstückelten, ohnmächtigen, geknechteten Deutschland und der Heimath der Menschenrechte konnten Elsässer und Lothringer nicht zaudern. Gegen die Annexion hat ihre Mehrheit, in Vorbezug, mit schrillum Ruf protestirt. Das geschlagene Frankreich mußte sich fügen. Wider die Regierung, die den Verzicht beschloß, waffnete sich sofort, auch im Lager der röthesten Demokraten, der Volkszorn. „Wie Ihr, Elsässer und Lothringer, so erklären auch wir jeden Verzicht, durch Handlung, Vertrag, Plebiszitt, auf Theile Eures Landes schon jetzt für

null und nichtig. Ihr bleibt, was auch geschehen möge, unsere Landsleute und Brüder und die Republik verpflichtet sich, Euer Land immer wieder zurückzufordern.\* Unter dieser Trutzschrift vom achtzehnten Februar 1871 stehen die Namen Louis Blanc, Brissson, Clemenceau, Floquet, Victor Hugo. Von gestern ist die Rückforderung also nicht. Und wärs „recht eigentlich, was man heute DeSanneylon nenn“, wenn dem Königreich Preußen das von Frankreich eroberte schlesische und polnische Land abgenommen würde?

„Ich komme nun zu Wilson. Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es scheint, daß die damalige einmüthige Zurückweisung des Versuches Wilsons in der Antwort auf die Papstnote, zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke Zwietracht zu stiften, ihre Wirkung gethan hat. Diese einmüthige Zurückweisung konnte Wilson schon auf den rechten Weg leiten; und der Anfang dazu ist vielleicht gemacht. Denn jetzt ist wenigstens nicht mehr die Rede von der Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autokratische Regierung und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt. Auf schiefe Darstellungen der deutschen Politik, die sich auch jetzt noch in Wilsons Botschaft finden, will ich hier nicht eingehen, sondern im Einzelnen die Punkte besprechen, die Wilson vorlegt. Es sind nicht weniger als vierzehn Punkte, in denen er sein Friedensprogramm formulirt, und ich bitte um Ihre Geduld, wenn ich diese vierzehn Punkte hier so kurz als möglich zum Vortrage bringe.

Der erste Punkt verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Meine Herren, die Geschichte lehrt, daß wir uns am Besten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären könnten. Ich erinnere daran, daß unser Defensivbündniß mit Oesterreich-Ungarn seit dem Jahr 1889 aller Welt bekannt war, während die Offensivabmachungen zwischen den feindlichen Staaten erst im Lauf des Krieges und zuletzt durch die Enthüllungen der russischen Geheimakten das Licht der Oeffentlichkeit erblickten. Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk vor aller Oeffentlichkeit beweisen, daß wir durchaus bereit sein könnten, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als allgemein politischen Grundsatz zu erklären.

Im zweiten Punkt fordert Wilson die Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meer in Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß eingefügte Einschränkung (ich brauche sie nicht wörtlich anzuführen) ist nicht recht verständlich und scheint überflüssig, würde also am Besten wegfallen. In hohem Grade wichtig aber wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in Zukunft, wenn auf die stark besetzten Flottenstützpunkte an wichtigen

internationalen Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, auf den Falklandinseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

Drittens: Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken. Auch wir sind mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus einverstanden. Auch wir verurtheilen einen Wirtschaftskrieg, der unausweichlich die Ursachen künftiger kriegerischer Verwickelungen in sich tragen würde."

Den deutschen Worten laut der zwei Reden habe ich vor acht Tagen hier veröffentlicht. Die drei Bedingungen, nach deren Annahme „das Britische Reich Frieden schließen, für deren Sicherung es noch größere Opfer als bisher bringen wird“ (Lloyd George), wurden in der unwirtschaftlichen Kritik gar nicht erwähnt. Anerkennung der Heiligkeit jedes Vertrages, Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundlage der Gebietsordnung, internationaler Organismus, der die Rüstungslast und die Kriegsmöglichkeit mindert: Alles der Rede nicht werth. Der Präsident der Vereinigten Staaten, der (mir völlig unbekannter) „Angriffe auf das Haus Hohenzollern“ geziehen wird, erhält dann, von oben herab, die Note: Betragen schon beinahe ziemlich genügend. Auf die Eintracht des deutschen Volkes mit seiner Regierung zu pochen, war in den Tagen nicht klug, die aus dem Gewerkschaftshaus die Siebenforderungen in die Welt trugen und in denen die stärkste Arbeiterschaft (auch in Oesterreich und Ungarn) sich laut für das Friedensprogramm der Leninisten erklärte. Discite justitiam, moniti, et non temnere divos! Im Dickicht der Geheimverträge haben wir nicht weniger gesündigt als andere Festlandsstaaten; der Dreihundvertrag und mancher andere ist noch heute nicht bekannt. „Offensivabmachungen zwischen den feindlichen Staaten“ gab es bis in den August 1914 nicht; insbesondere war England keiner neutralen Macht auch nur zu Verteidigerbeistand verpflichtet. Die „Öffentlichkeit“ von Brest-Litowsk verbürgt uns, wie drüben Herr Trotski, hüben Herr Erzberger bezeugt hat, durchaus nicht getreuen Verhandlungsberechtigten. Nicht jede Verhandlung kann, in den Bereichen von Wirtschaft und Politik, öffentlich sein. Was gefordert wird, werden muß und, wie Englands Geschichte beweist, kann, ist: daß jedes internationale Abkommen erst durch die Zustimmung des Parlamentes gültig werde; daß die Völker die Verträge kennen, für deren Inhaltspflicht sie eines Tages vielleicht das Blut und den Arbeitertrag ganzer Geschlechter hinze-



ben müssen. Ob er für diese Forderung, von der nicht ein Fäserchen abzubetteln ist, eintreten wolle, hat Graf Hertling mit keiner Silbe angedeutet. Und der Reichstag war mit dem unklaren Gerede zufrieden. Auch mit der Behauptung, international beschlossene Sperren bestimmter Seegebiete zu Sicherung internationaler Ueberkunft sei „überflüssig“. Doch wohl für Den nur, dem internationale Gerichtsbarkeit Wortflitter ist. Auf die Frage, ob erst, wenn England Gibraltar, Malta, Uben, Hongkong, geräumt hätte, die Freiheit der Schifffahrt gesichert wäre, könnte Herr Dr. Ballin belehrende Antwort geben. Der Deutsche will „überflüssige“ Wirtschaftsschranken wegräumen; der Amerikaner: „Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Völker, die Frieden wollen und zu seiner Wahrung bereit sind.“ Nirgends noch ehrliche Uebereinstimmung.

„Viertens: Beschränkung der Rüstungen. Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischen Staaten nach dem Kriege dürfte einer befriedigenden Lösung den wirksamsten Vorschub leisten. Man sieht also: über die vier ersten Programmpunkte könnte man ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen.

Ich wende mich zum fünften Punkt: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundgesetzes in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreich, England, überlassen bleiben kann, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Neugestaltung des Weltkolonialbesitzes wird von diesem Programmpunkte zu reden sein.

Sechstens: Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Ententestaaten es abgelehnt haben, innerhalb der von Rußland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der letzteren eine nachträgliche Einmischung ablehnen. Wir stehen hier vor Fragen, die allein Rußland und die vier verbündeten Mächte angehen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der westlichen Randvölker des ehemaligen russischen Kaiserreiches gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit diesen als mit dem übrigen Rußland zu gelangen, dem wir die Rückkehr geordneter, die Ruhe und Wohlfahrt des Landes gewährleistender Zustände wünschen.

Punkt Sieben kommt auf die belgische Frage. Was diese Frage betrifft, so ist von meinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe. Die belgische Frage gehört zu dem Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Friedensverhandlungen zu ordnen sein

werden. So lange unsere Gegner sich nicht rückhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebietes der Verbündeten die einzige mögliche Grundlage von Friedensbesprechungen bieten kann, muß ich an dem bisher stets eingenommenen Standpunkt festhalten und eine Vorwegnahme der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen.\*

Für gleiche Minderung der Wehrmacht bis auf den niedrigsten Rüstungsstand, der die innere Ordnung der Staaten sichert, sind alle gegen Deutschland verbündeten Völker; ist das Oesterreich Ungarn Karls und des Grafen Czernin; muß, unter jeder Regierung, die Türkei sein; sind mindestens neun Zehntel aller deutschen Lohnarbeiter. Nirgends wird nach einem Vernunftfriedensschluß (den, gerade deshalb, die Militaristen und Rüstungslieferanten zu hindern trachten) eine Sozialistenpartei auch nur die Hälfte des Präsenzstandes von 1914 bewilligen. Jede wird ihre ganze Kraft an den Kampf für beträchtliche Kürzung der Dienstzeit und für raschen Uebergang in das von Jaurès und Anderen empfohlene Milizsystem setzen. Dieser Kampf wird von dem internationalen Heer des Geistes geführt werden und als Losungsruf das Dritte Gebot des Deutschen Immanuel Kant über die Erde hin künden: „Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören; denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg, durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen; wozu kommt, daß, zum Töten oder Getötetwerden in Sold genommen zu sein, einen Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen und Werkzeugen in der Hand eines Anderen (des Staates) zu enthalten scheint, der sich nicht wohl mit dem Recht der Menschheit in unserer eigenen Person vereinigen läßt.“ Ist Graf Hertling zu solcher Wehrmachtminderung bereit? Nein. Zu kleinen, von den Militärtechnikern erlaubten Abstrichen? Ja. Noch dämmert aus keinem Morgengraue die Möglichkeit einer Verständigung über die vier ersten Punkte. Wer die Mahnung, in den Kolonien die Rechte der Ureinwohner zu achten, nach dürem Philistenspott über die „Schwierigkeit der Durchführung“ auf England (das ihr schon zugestimmt hat) abschiebt, strauchelt in den Verdacht, daß er, all in seiner Frömmheit, auch dieser Vermenschlichung, Vergöttlichung der Politik im Innersten widerstrebe. Die „Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes“ wird (Das ist auch der gefälligeren, doch kernlosen Rednerei des Herrn von Kühlmann zu antworten) nicht aus dem Versuch sichtbar, die deutschen Ein-

griffgünstigen Stimmen von sechs Hundertsteln für die des Volkswillens auszugeben. Des Kanzlers innige Wünsche nützen den Russen nicht. Wenn ihnen die westlichen Randländer genommen werden, müssen sie auf Europäerzukunft verzichten oder sich zu neuem Kampf um diese Länder rüsten. Die Meinung, die „belgische Frage“ gehöre zu einem „Komplex“, Belgien zu den nach Kriegsschluß einzulösenden, abzulaufenden Pfändern, ist die Hauptursache des auf Deutschland lastenden Völkerhasses und das gefährlichste Friedenshinderniß. Belgien war auf preußischen Antrag für neutral erklärt worden; hat seine Neutralität niemals verletzt, sondern, nach dem Zeugniß des berliner Auswärtigen Amtes, stets „loyal“ gewahrt; und war verpflichtet, sie mit der Waffe zu verteidigen. Am vierten August 1914 hat die Kaiserliche Regierung des Deutschen Reiches „die ganz formelle Zusicherung wiederholt, daß, sogar im Fall eines bewaffneten Konfliktes mit Belgien, Deutschland sich unter gar keinem Vorwand belgisches Gebiet aneignen wird.“ Am selben Tag hat der fünfte Reichskanzler öffentlich versprochen, „das Belgien angeihane Unrecht wiedergutzumachen, sobald unser militärischer Zweck erreicht ist.“ Für diese Doppelverpflichtung haftet, wie mir scheint, die Ehre deutscher Nation. Lief die Geltung der Worte mit der Amtszeit der Sprecher ab und soll jetzt die sländrische Küste, die Maaslinie, nur Lüttich, Vlamlands Selbständigkeit, Bürgschaft gegen anglo-belgisches Bündniß gefordert werden? Dann muß man auch den Muth finden, diese Forderung endlich, im vierten Kriegsjahr, offen anzumelden. Daß Oesterreich-Ungarn sie nicht honoriren, nur für Deutschlands Bestzstand von 1914 kämpfen würde, hat Graf Czernin mit weihinbernehmbarem Ton ausgesprochen. Ich bin überzeugt, daß Volksabstimmung die ungeheure Mehrheit deutscher Männer und Frauen in das Bekenntniß einen würde: Nicht nur Belgiens Freiheit und Wirthschaft, sondern auch sein Recht auf die Wahl künftiger Genossen muß wieder hergestellt werden. Fest überzeugt, daß mit diesem Bekenntniß ein großer Schritt auf dem Weg in Frieden gethan wäre. Vor uns feindsälligem Handeln, in das, nach unsäglichem Leid, das kleine Land sich gewiß nicht verirren wird, schützt vernünftige und anständige Politik, nicht Nöthigerpfiß; schützt der Menschheitwille, der einen von neuem Kriegsstoff trächtigen Frieden, also Waffenstillstand, nicht hinnehmen wird. Aus den matten Umgeherworten des

Grafen Hertling schimmert kein Hoffnungsstrahl. Belgien als Tauschwaare zu betrachten, würden England und Amerika sich erst entschließen, wenn sie in Ohnmacht zerschlagen wären.

„Achtens: Befreiung des französischen Territoriums. Die okkupirten Theile Frankreichs sind ein werthvolles Tauschpfand in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltthame Angliederung keinen Theil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren.

Ich kann nur nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Abtretung von Reichsgebiet nie und nimmer die Rede sein kann. Das Reichsgebiet, das sich seitdem immer mehr dem Deutschthum innerlich angegliedert hat, das sich in hochersreulicher Weise immer mehr wirtschaftlich fortentwickelt, von dem mehr als 87 Prozent die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von den Feinden unter irgendwelchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen.“

In diesen Absätzen ist Klarheit nicht zu vermissen. Ueber das besetzte Franzosengebiet soll nur mit der Republik, ohne Zulassung ihrer Bundesgenossen, verhandelt und die Räumung nur da beschlossen werden, wo ihr nicht „vitale Interessen Deutschlands“ widersprechen. Die widersprechen ihr, nach der alltäglichen Behauptung starker Kapitalistenverbände, in den Erzbezirken von Brieg und Longwy. Heißen diese vitalen Interessen nicht auch den Einzug der Zufriedenheit in den Elsaß und Lothringen? Deren „Abtretung“ hat weder der Brite noch der Amerikaner verlangt. Unrecht sehen Beide darin, daß am deutschen Westrande den Völkern nicht das Recht zu Selbstbestimmung gewährt wurde, für das, in Officialreden, Deutschland am russischen Westrand eintritt. Wer froh das Gedeihen „innerlicher Angliederung“ verzeichnet, braucht dieses Recht nicht zu weigern. Rückblick, gar getrübler, in Geschichte hilft nicht. Als Frankreichs junge Freiheit winkte, gab der Elsaß, ohne der Reichsstände und glühenden Fürsterverträge zu achten, sich ganz, im Rausch fast brünstiger Freude, dem Verfassungsstaat, dann der Republik hin. War aber, als Herder und Goethe in dem seit hundert Jahren französischen Straßburg studirten, in Kunst und Wissenschaft, Kultur und Sprache noch so deutsch, daß der Leser goethischer Erzählung sich oft in der Heimath fühlt. Frankreichs Staatsklugheit hatte das deutsche Wesen nirgends gestört und durch dessen freundliche Duldung die Gemüther versöhnt. Die Gemeinschaft großen Erlebnisses, in dessen Dienst viele Elsasser, vornan Aléber und Kapp, unter Frank-

reichs Fahnen fochten, hat das Band so fest geknüpft, daß es 1813 unlöslich, noch 1871 kaum zu lockern schien. Und Lothringen war dem Franzosengeist längst vermählt. Selbst Ranke schrieb, nach Gesprächen mit Thiers: „Die Abtretung des Elsaß wäre vielleicht möglich, nicht aber die von Metz. Denn für den Elsaß kann die Nationalität ein Motiv abgeben. Metz dagegen war immer französisch von Nationalität und Zunge. Die Wunde, die man schlägt, würde eine doppelte sein.“ Sind nicht zahllose Mißgriffe deutscher Politik und Verwaltung mitschuldig daran, daß die Wunde sich noch nicht schloß? Annexion oder Desannexion, Unrecht oder Recht: Ruhe wird erst, wenn Elsasser und Lothringer, ohne Heimweh nach Frankreich, zufrieden sind. Zerstücket ihre Länder nicht noch schmiedet sie an einander. Jedes forme sich den Staat, den es für sich tauglich glaubt. Haben die Hansarepubliken dem Reich, auch nur der Monarchie (die nicht Selbstzweck sein kann) je geschadet? Dem Reich, wie jeder Bundesstaat, verpflichtet, doch, wie jeder, zu Bau und Einrichtung des Hauses frei befugt, ungehemmt in Sprache, Brauch, Neigung: solches Programm würde Briten und Amerikaner entwallnen. Und wir müßten uns schämen, wenn nach redlicher Durchführung dieses Programmes die (im tiefsten Wesensgrund verschiedenen) Menschen des Elsaß und Lothringens nicht die Seele Deutschlands lieben lernten. Aber das Glacis und die Deckung gegen französischen Angriff? Seit Bonapartes Zeit war keiner. Ein durch zwei Menschenalter als Sperrfestung behandeltes Land muß dem durch sein Glacis zu Schützenden feindlich werden. Der Ewig-Gestrige will Alles thun, um „im nächsten Krieg“ den Sieg zu sichern. Der seiner Menschheit Bewußte: Alles, um den Keim neuer Kriegsmöglichkeit ringsum aus der Erde zu jäten.

„Neun, Zehn, Elf: Italienische Grenzen. Nationalitätenfrage der Donaumonarchie, Balkanstaaten. Diese Fragen berühren Punkte, bei denen zum großen Theil die politischen Interessen unseres Verbündeten Oesterreich-Ungarn überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiel sind, werden wir sie aufs Nachdrücklichste wahren, doch möchte ich die Beantwortung der Wilsonschen Vorschläge in diesen Punkten in erster Linie dem auswärtigen Minister der österreichisch-ungarischen Monarchie überlassen. Die enge Verbindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein. Die treue Waffenbrüderschaft, die sich im Kriege so glänzend bewährt hat, muß auch im Frieden nachwirken; und so werden wir auch unsererseits Alles daran setzen, daß für Oesterreich-Ungarn ein Friede zu Stande kommt, der den berech-

tigten Ansprüchen Rechnung trägt. Auch in den unter Zwölf berührten Angelegenheiten, die unseren treuen, tapferen und mächtigen Bundesgenossen, die Türkei, betreffen, will ich in keiner Weise der Stellungnahme ihrer Staatsmänner vorgeifen. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit den Meerengenfragen eng zusammenhängt, sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches. Unser Verbündeter kann hierin stets auf unseren nachdrücklichsten Beistand zählen.

Punkt Dreizehn behandelt Polen. Nicht die Entente, die für Polen nur inhaltlose Worte fand und vor dem Krieg nie bei Rußland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn waren es, die Polen von dem seine nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreiten. So möge man es auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung des Landes zu einigen. Wie die Verhandlungen und Mittheilungen des letzten Jahres beweisen, sind wir durchaus auf dem Wege hierzu.

Wenn der von Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker bei näherer Ausführung und Prüfung ergiebt, daß er wirklich im Geiste vollkommener Gerechtigkeit gegen All- und vollkommenen Verrurtheillosigkeit gefaßt ist, so ist die Kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlagen eines solchen Völkerverbandes nahezutreten.

Meine Herren, Sie haben die Rede von Lloyd George und die Vorschläge des Präsidenten Wilson kennen gelernt. Ich muß wiederholen, was ich zu Anfang sagte: Wir müssen uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Vorschlägen uns wirklich ein ernstlicher, ehelicher Friedenswille entgegentritt. Sie enthalten gewisse Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen und die Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten. Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille weniger bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht 'vernichten', aber sie schielen begehrlieh nach Theilen unserer und unserer Verbündeten Länder. Sie sprechen mit Achtung von Deutschlands Stellung, aber dazwischen dringt immer wieder die Auffassung durch, als seien wir die Schuldigen, die Buße thun und Besserung geloben müßten. So spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten, so spricht Derjenige, der alle unsere früheren Aeußerungen der Friedensbereitschaft als bloße Zeichen der Schwäche deutet. Von diesem Standpunkt, von dieser Täuschung sollen sich die Führer der Entente zuerst losmachen. Um ihnen Dies zu erleichtern, möchte ich daran erinnern, wie denn wirklich die Lage ist. Mögen sie sich gesagt sein lassen: Unsere militärische Lage war niemals so günstig, wie sie jetzt ist. Unsere genialen Heerführer sehen mit unverminderter Siegeszuversicht in die Zukunft. Durch die ganze Armee, durch Offiziere und Mannschaften geht ungebrochene Kampfesfreude. Ich erinnere an das Wort, daß

Ich am neunundzwanzigsten November im Hause sprach: Unsere wiederholt ausgesprochene Friedensbereitschaft, der Geist der Versöhnlichkeit, der aus unseren Vorschlägen hervorgeht, darf kein Freibrief für die Entente sein, den Krieg immer weiter zu verlängern. Zwingen uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen. Sie mögen ihr Programm nochmals revidiren. Wenn sie Das thun und mit neuen Vorschlägen kommen, werden wir sie ernstlich prüfen. Stehen wir zusammen, Regierung und Volk: und der Sieg wird unser sein!"

Eine Verbindung ist Kernpunkt und wird Richtlinie: Das ist der Still. Für Polen ist auch Frankreich, vom ersten bis zum dritten Napoleon, dessen Gezettel mit der antirussischen Schlacht Herr von Bismarck manche Nacht verdarb, „nie eingetreten“. Das ist die Historik. Die Frage, ob Preußen, das „die nationale Eigenart der Polen“ doch wohl auch nicht zärtlich pflegte, neben einem selbständigen Polenreich ruhig leben könnte, wird nicht für einer Sekunde Dauer gestreift: Das ist die Staatsweisheit. Völkerbund? Wenn alles Andere, aber auch wirklich Alles, erledigt und die vollkommene Gerechtigkeit des Planes erwiesen ist, werden wir „einer Prüfung der Grundlagen nahetreten“. Mit krauser Stirn mustert ein grämlich strenger Oberlehrer die Heimarbeit oft geräffelter Schüler. Kleine Fortschritte, Einzelnes schon fast befriedigend; das Ganze aber unbrauchbar. Die Vorschläge werden barsch abgelehnt. Neue will der Herr Ordinarius immerhin prüfen. Am selben Tag spricht in Wien Graf Czernin: „Von Rußland verlange ich keinen Quadratmeter und keinen Kreuzer. Die Polen sollen ganz frei und unbeeinflusst ihr Schicksal bestimmen; je klarer der allgemeine Volkswille zum Ausdruck kommt, desto lieber ist's mir. Wir wollen nichts von dem neuen Staat und die Polenfrage darf den Friedensschluß nicht um einen Tag hinauschieben. In Wilsons Vorschlägen sind einzelne, denen wir mit großer Freude zustimmen. Nicht nur in den großen Grundsätzen, sondern auch in der Beantwortung mancher Sonderfrage sind wir mit Herrn Wilson einig. Deshalb glaube ich, daß ein Gedankenaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn die Sache des Friedens fördern könnte. Dankbar begrüße ich, daß auch Herr Wilson allgemeine Abrüstung bis auf den Stand empfiehlt, der die innere Staatsordnung sichert.“ Wo blieb, hinter dem Ceremoniale der Höflichkeit, der Einmuth des Wollens? Wo, in der Stunde des ersten durch einen Gegenstand internationaler Politik

bewirkten deutschen Massenausstandes, die Eintracht der Regirten mit den Regirern, die gestern aus tausend Glühbirnen bestrahlte Einheit der inneren Front? Die Zunge, seufzt der Apostel Jakobus, „ist zwar ein kleines Glied, kann aber furchtbar großes Unheil stiften. Zündet nicht kleines Feuer einen großen Wald an? Also hat auch eine sünke Zunge oftmals arges Uebel gezeugt.“

Die naßkalte Kathederrede duldet keinen Zweifel an dem Glauben des Redners. Er ist gewiß, daß der Einsatz militärischer Machtmittel den Krieg enden, das auf allen Fronten sieghafte Deutsche Reich die seiner „Obrigkeit“ genügenden Friedensbedingungen erzwingen und hinter dem Wall solcher Verträge sich ruhigen Lebens freuen werde. Deshalb spricht er, spöttisch, zwar von dem Verzicht auf den Plan (den angelsächsische Nüchternheit niemals hegte), Deutschland zu vernichten; erwähnt aber nicht die bescheidenen Sätze: „Wir Amerikaner wollen Deutschland nicht kränken noch seine Macht, seinen Einfluß da schmälern, wo sie berechtigt sind. Fern ist uns das Erdreisten, ihm Umsturz oder Umbildung seiner Inneneinrichtung aufzuzwingen.“ So, ruft Graf Herlling, redet der Sieger zu dem Besiegten; und bürdet selbst alle und jede Schuld den Feinden auf, deren Zermalmung ihn sicher dünkt. Diesen Glauben und Willen zu bekennen, ist sein Recht; könnte Pflicht sein. Doch das durch Entbehrensqual geschärzte Ohr der Masse merkt den neuen Ton, den nie, in der ganzen Kriegszeit, noch ein Kanzler hören ließ; es vermisst jeden Hauch menschlicher Herzenswärme, jede Andacht vor dem gewordenen, dem morgen werdenden Graus; es fürchtet, die Evangelien des Jullmonats, des Christages seien entkräftet, verschollen: und die nun in den (kantischen) Begriff des Selbstbestimmungsrechtes eingewöhnte Masse nimmt die härteste Pein des Entbehrens auf sich, um durch Ausstand ihres Willens Richtung warnend zu offenbaren. Ohne die Rede des Kanzlers wärs nicht geschehen. Wird der Sinn dieser Rede, der deutlich hörbare und der verborgene, von einer Mehrheit des Reichstages gebilligt, dann bietet der Geist deutscher Verfassung gegen so legalen Beschluß keine Waffe. Nur aus öffentlicher Verhandlung und Abstimmung kann Klarheit werden. Der Reichstag vermag sie rasch zu schaffen und belübe sich mit ungeheurer Verantwortlichkeit, wenn er müßig wartete, bis im Volksempfinden der Spalt sich gebreitet hat.





In allen Buchhandlungen zu haben:

# Belgien

als französische Ostmark.

**Zur Vorgeschichte des Krieges.**

Von

**Dr. P. Dirr.**

Dieses von einem bayerischen Landtagsabgeordneten stammende Buch geht der belgischen Frage auf den tiefsten Grund. Es fördert vor allem ein umfangreiches und bedeutsames neues Taschenmaterial zutage. Der Verfasser, seit zweieinhalb Jahren selbst in Belgien tätig und als Entdecker wichtiger Aktienstücke, wie der von der Reichsregierung veröffentlichten belgischen Gesandtschaftsberichte bekannt, hat einen reichlichen, bisher unbekannt oder in Vergessenheit geratenen Quellenstoff, besonders auch aus belgischem Geheimplarchiven, in klarer Darstellung verarbeitet.

**Preis M. 5.—.**

**Max Kirstein Verlag,  
Berlin SW 68.**



## Bublitz/Pom.

Pr. Kranenbergs Einj., Prim.- u. Fähr.-Anst.

Fam.-Pens. Ob.-Tert. bestand schon nach 6 Wochen, Unt.-Tert. nach 7 Monaten. Quart. nach  $\frac{1}{4}$ , Dorfsehler nach  $\frac{1}{2}$  Jahr die Einjährigen-Prüfung. Gute Kost.

## Krahe's Heilkuren

bezwecken eine innere unschädliche Desinfektion des Körpers und sind zu empfehlen für alle noch heilbaren Krankheiten, speziell für Lungen- und Magenkrankheiten. Ärztliche Gutachten, Zeugnisabschriften usw. gratis durch die ärztliche Leitung des Krahe's Heilinstitut, Frankfurt a. M., Börsenplatz 1.

## Deutsche Bierbrauerei-Aktiengesellschaft.

Die auf  $\frac{3}{4}$  festgesetzte Dividende gelangt von heute ab mit M. 80.— ausser bei unseren Gesellschaftskassen in Berlin-Charlottenburg, Dresden und Radeberg

bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin, Frankfurt a. M., Hannover und Strassburg i. E.

bei der Nationalbank für Deutschland in Berlin.

bei dem Bankhause Hardy & Co., G.m.b.H. in Berlin.

bei dem Bankhause Gebr. Arnhold in Dresden.

bei der Bank für Brauindustrie in Berlin und Dresden.

bei der Commerz- und Disconto-Bank in Berlin, Hamburg und Hannover

zur Auszahlung.

Berlin, den 24. Januar 1918.

**Der Vorstand.**

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz		
Herri. Lage	<b>Diätet. Kuren</b>	Zweiganst.
Wirks. Heilverf.		tägl. 6 M.
Chron. Krankh.		Prospect u. Brosch. fr.

# Hildesheimer Bank.

Die Aktionäre unserer Bank werden hierdurch zur

## 32. ordentlichen Generalversammlung

auf Sonnabend, den 23. Februar 1918, mittags 12 Uhr,  
in Hildesheim im Bankgebäude  
eingeladen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes und Vorlage der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1917.
2. Bericht des Aufsichtsrats.
3. Beschlussfassung über die Bilanz und die Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1917.
4. Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes.
5. Beschlussfassung über Verteilung des Reingewinns und Auszahlung der Dividende.
6. Aufsichtsratswahlen.

Hildesheim, den 21. Januar 1918.

## Hildesheimer Bank.

Der Aufsichtsrat.

v. Voigt, Vorsitzender.

## Dresden - Hotel Bellevue

Weltbekanntes vornehmes Haus mit allen zeitgemässen Neuerungen

# Rheinische Handelsgesellschaft m.b.H.

Bankgeschäft — Düsseldorf 25.

## An- und Verkauf von Effekten

sowie Ausführung sämtlicher bankgeschäftlichen Transaktionen.

Fernsprecher: 4410, 4411, 4431, 4432.

Telegramm-Adresse: V e l o x.

Alleinige Anzeigen-Annahme der Wochenschrift „Die Zukunft“ durch Max Kirstein  
Insertionspreis für die 1spaltige Nonpareille-Zelle 1,20 Mk., auf Vorzugseiten 1,80 Mk.

Alleinige Anzeigen-Annahme der Wochenschrift

„Die Zukunft“ durch Max Kirstein

Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 59.  
Fernspr. Amt Zentrum N. 108 09, 108 10

## Die Prospero-Drucke

Eine Reihe von alten und neuen Literaturwerken ersten Ranges mit Bildern moderner Graphiker in Originaldrucken (Radierungen, Lithographien)

**Das Buch Hiob** mit 13 einseitigen Original-Lithographien von 18111 J. d. E. L. Text zweifach gedruckt. Auflage 200 Exemplare / Groß-Quart. 80 Exemplare auf handgeschöpftem Van Geldern-Bütten abgezogen. Sämtliche Lithographien vom Künstler signiert. Preis des Exemplares in Pergament Mark 300.—, 140 Exemplare auf Velinpapier gedruckt. Preis des Exemplares in Halblein Mark 180.—.

**Novellen aus der Bibel** mit 13 einseitigen kolorierten Original-Lithographien von Erich Büttner. Auflage 250 Exemplare / Klein-Quart. 90 Exemplare auf handgeschöpftem Bütten. Sämtliche Lithographien vom Künstler signiert. Preis des Exemplares in Seide Mark 110.—, 80 Exemplare auf liniertem Japanpapier gedruckt / Preis des Exemplares in Halblein Mark 25.—.

**Die Ballette des Deutschen Theaters.** Inhalt: Die grüne Hölle — Pelina-Ballerina — Die beiden Schwestern — mit 10 ganz neuen farbigen Original-Lithographien von Erich Stern. Text von Oscar Die. Auflage 200 Exemplare / Quer-Folio. 80 Exemplare auf handgeschöpftem Bütten abgezogen. Sämtliche Lithographien vom Künstler signiert. Preis des Exemplares in Halblein Mark 280.—, 140 Exemplare auf Velinpapier gedruckt / Preis des Exemplares in Halblein Mark 180.—.

**Klabund: Mohammed, der Roman eines Propheten** mit lithographiertem Eingangsblatt von E. Levyat und Originalradierung von Weid. Auflage 600 Exemplare / Vertikal-Quart. 70 Exemplare auf handgeschöpftem Bütten. Von Levyat und Weid in deutscher Sprache signiert. Preis des Exemplares in Profat Mark 110.—, 50 Exemplare auf Japanbütten gedruckt / Preis des Exemplares in Halblein Mark 30.—.

Erich Reiss Verlag \* Berlin W. 62



**NITRALAMPE**

**Bank für Handel und Industrie**  
**(Darmstädter Bank)**  
**Berlin — Darmstadt**

Breslau Düsseldorf Frankfurt a.M. Halle a.S. Ham-  
burg Hannover Leipzig Mainz Mannheim München  
Nürnberg Stettin Strassburg i.E. Stuttgart Wiesbaden

Aktien-Kapital und Reserven 192 Millionen Mark

Centrale: Berlin, Schinkelplatz 1-4

30 Depositenkassen und Wechselstuben in Berlin und Vororten

**Ausführung aller bankmässigen Geschäfte**

Anlage von Scheck-Konten zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs